

Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 31.01.2024
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:02 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte


 Öffentliche Sitzung

 es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

 Nichtöffentliche
Sitzung



Edith Braun
1. stellv. Vorsitzende



Birgit Wesemann
Protokollführer

Anwesend:

1. stellv. Vorsitzende

Frau Edith Braun

Bürgermeistern

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Michel Allmrodt
Herr Michael Bartoschewski
Herr Dr. Frank Dreihaupt
Frau Petra Fischer
Herr Peter Jagolski
Herr Wolfgang Kinszorra
Frau Steffi Kraemer
Herr Wilko Maatz
Herr Michael Nagler
Herr Uwe Nastke
Herr Dieter Pasiciel
Frau Rita Platte
Herr Marco Radke
Frau Alexandra Schleef
Herr Mathias Sprunk
Herr Bodo Strube
Herr Daniel Wegener
Herr Sven Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Gerhard Borstell
Herr Michael Grupe
Herr Alexander Wittwer

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Abwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Jacob entsch.

Mitglieder

Herr Ralf-Peter Bierstedt entsch.
Herr Ralf Breuer unentsch.
Herr Marcus Graubner entsch.
Frau Carmen Kalkofen entsch.
Herr Björn Paucke entsch.
Herr Christoph Plötze unentsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 31.01.2024, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung	DS-Nr.
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3. Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 11.10.2023	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten (§ 65 Abs. 2 KVG LSA), Eilentscheidungen (§ 65 Abs. 4 KVG LSA) und Bekanntgaben der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse, sowie Nachfragen durch den Stadtrat dazu	
6. Haushaltskonsolidierungskonzept 2024 -2028	BV 1095/2023
7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024	BV 1096/2023
8. Antrag Fraktion WG Lüderitz - Abwahl der 1. Stellvertreterin des Bürgermeisters – Widerspruch	BV 1115/2023
9. Bekanntgabe Ergebnis der Bürgerbefragung nach § 28 Abs. 3 KVG LSA in der Ortschaft Demker zum Vorhaben der GETEC green energy GmbH zur Errichtung einer Photovoltaikanlage in dieser Gemarkung	MV 1121/2023
10. 3. Änderung des Flächennutzungsplanes Demker	BV 1122/2023
11. Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „PVA -FFA Demker“	BV 1123/2023
12. Prüfung der Sach- und Rechtslage - Auszahlung Verfügungsmittel der Ortschaften	MV 1125/2024
13. Aufhebung des Beschlusses 1103/2023 - Antrag einer Fraktion – Auszahlung Verfügungsmittel	BV 1128/2024
14. Aufwandsersatz für die Wahllehrenämter der Kommunalwahlen am 09.06.2024	BV 1127/2024
15. Antrag WG Lüderitz und des Ortschaftsrates Lüderitz- Nutzung des ehemaligen Versammlungsraum in der alten FFW durch Vereine	BV 1129/2024
16. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	
Öffentliche Sitzung	
20. Wiederherstellung der Öffentlichkeit	
21. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse	
22. Schließung der Sitzung	

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Stadtratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Frau Braun eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Entschuldigt fehlen Herr Jacob, Herr Bierstedt, Herr Graubner, Frau Kalkofen und Herr Paucke. Unentschuldigt fehlen Herr Breuer und Herr Plötze. Mit 20 anwesenden Mitglieder des SR (Stadtrates) ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Braun stellt den Änderungsantrag, den TOP 15, BV 1129/2024, von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Sie verweist die BV 1129/2024 in den zuständigen Fachausschuss und in die weitere Beratungsfolge.

Frau Braun stellt die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 6: Haushaltskonsolidierungskonzept 2024 -2028 - Vorlage: BV 1095/2023

Herr Brohm äußert, dass sich die Situation wenig verändert hat, denn der SR hatte erst vor 7 Monaten den HH (Haushalt) 2023 beschlossen. Wir haben in den letzten Jahren keine neuen Kredite aufgenommen und haben daran gearbeitet, die Auflagen zu erfüllen. Mit dem Beschluss des letzten HH sind wir umgesprungen und haben gesagt, so geht es nicht weiter. Wir investieren nicht weiter, kommen nicht weiter voran und am Ende wird es von der anderen Seite nicht irgendwie positiv geheißen. Das führte dazu, dass wir den Kassenkredit weiter aufgebaut haben. Wir haben im letzten Jahr schon gesagt, dann müssen wir einmal schauen, wie können wir maßvoll mit Maß und Mitte Punkte ansetzen, um weiter voranzukommen, ohne überbauenden Einschnitte zu machen, weil diese schlichtweg das Problem nicht lösen und nicht weiterführen. Die Grundsituation ist, dass wir im letzten Jahr geplant hatten, mit 2 Mio. € ins Defizit zu gehen. Das ist nicht ganz so schlimm eingetroffen, aber trotzdem weit über dem was in einer idealen Welt passieren sollte. Für das kommende Jahr ist man mit knapp 1,2 Mio. € im Defizit. Herr Brohm gibt jetzt per PowerPoint weitere Information über gesetzliche Grundlagen, Abbau langfristiger Kredite, Abnahme von Zins- und Tilgungsbelastungen, Investitionen, Steigerung der Steuermesskraftzahlen, Grundsteuern A und B, Höhe der Gewerbesteuern, Steigerung der Anteile der Einkommens- und der Umsatzsteuer, neue Einnahmequellen (Freiflächen-PV-Anlagen - EEG-Umlage), Kostentreiber (Kita, Entwicklung Personalkosten), höhere Kreisumlage, Planungsansatz usw..

Im Ergebnis der Beratungen hat Herr Brohm einen Änderungsantrag mit 3 Punkten eingebracht.

1. Punkt: Die EGem kümmert sich für den Standort Grieben, um ein Objekt für die Kinder- und Jugendarbeit ab 2025.
2. Punkt: Das Kernstück einer Jugendarbeit ist das Personal, weil das eine Vertrauensarbeit ist. Hier möchten wir haushalterisch verankern, eine Stelle zu schaffen, weil auch fraglich ist, wie landkreisseitig die mobile Jugendarbeit weiter organisiert wird.
3. Punkt: Für die Technik für den Bauhof Geld einzugeben. Das war eine der Anregungen aus dem Kreise.

Herr Brohm plädiert dafür, uns in die Lage zu versetzen, die Dinge, die da drin stehen, anzugehen. Sicherlich könne man vieles bestreiten aber die Hausaufgabe, die man als SR hier übernehme, ist ein HH, den man beschließen kann und der vieles möglich macht, was wir in vielen Bereichen angehen können. Ansonsten blockiere man sich selber.

Herr Nagler sieht das ein bisschen anders als Herr Brohm. Er fängt mit dem frühen 18. Jahrhundert an und endet heute, indem er sagt, der SR ist der Nachfolger und wir sind diejenigen, die den HH-Entwurf der Verwaltung mit Anträgen verändern und gestalten können, dass damit gearbeitet werden kann. Wir sind mittlerweile im 4. Jahr oder sogar schon im 5. Jahr, in denen wir keine geregelte HH-Führung haben. Eine geregelte HH-Führung ist, dass man mit den Ansätzen, die man beschließt, arbeiten kann. Wir sind wieder in der vorläufigen HH-Führung. Wenn wir diesem HH zustimmen, falls er genauso peinlich wie im letzten Jahr genehmigt wird, sind wir sofort wieder wie 2023 in der HH-Sperre. Zur Erinnerung sagt er, der HH wurde mehr oder weniger durchgewunken und der Kassen-kredit wurde nur genehmigt, weil man sich im Landkreis um die Entscheidung rumgedrückt habe, durch die sogenannte Genehmigungsfiktion. D.h., ich entscheide einfach nicht und dann tritt automatisch die Genehmigung in Kraft. Das HKK (Haushaltskonsolidierungskonzept) wurde 2023 von der KAB (Kommunalaufsichtsbehörde) beanstandet und als Auflage eine sofortige HH-Sperre verhängen. Ab diesem Moment hat kein SR, egal was beschlossen wurde, irgendeinen Zu-

griff auf den HH, keine Entscheidung und kein Gestaltungsspielraum. Alles, was da drin steht, sei Makulatur und im Endeffekt entscheidet der BM, so wie er möchte. Dafür braucht man keinen SR. Wenn das mal notgerungen innerhalb eines HH-Jahres passiert, sei das heutzutage normal aber dass das zur Regel wird, halte er und seine Fraktion nicht mehr für normal. Im HH und im HKK steht auf verschiedensten Seiten, dass dieser zum wiederholten Mal gegen den § 98 KVG LSA verstoße. Eigentlich in allem, was da gefordert ist. Es steht auf Seite 9 des HKK, der EGem Stadt Tangerhütte gelingt es im Planungszeitraum nicht, die Konsolidierungsziele zu erreichen. Das ist aber der Sinn eines HKK. Zum Liquiditäts- bzw. Kassenkredit sagt er, bis Juni 2023 war man bei einem Liquiditätskredit von 5 Mio. €. Diesen habe man mit der Genehmigung des HH 2023 auf 8,6 Mio. € erhöht. Jetzt sind wir 6 Monate weiter und im HH-Entwurf 2024 steht, 10 Mio. € und bis 2028 sind 12 Mio. € geplant. In der gleichen Zeit reduzieren wir die langfristigen Kredite und das was wir an den langfristigen Krediten (Invest-Kredite) an Tilgungen sparen, hauen wir jetzt in Größenordnung in Zinsen raus. Als Beispiel, wir hatten 2022 eine Niedrigzinsphase und haben für die damaligen Liquiditätskredit von 5 Mio. € Zinsen in Höhe von 5,09 € im Jahr bezahlt. Für 2023 hatten wir lt. Plan 184.000 € im Jahr drin (ist noch nicht abgerechnet) und für 2024 dann 235.000 €. Das werde sich bis 2026 auf 276.000 € Zinsbelastung steigern. Das ist für Herrn Nagler keine Lösung. Er sieht auch die Probleme aber der BM (Bürgermeister) habe die Aufgabe, Wege aufzuzeigen, wie man da rauskommt, denn wir werden uns daraus nicht mehr befreien können. Wenn der BM das mit dem HH nicht hinbekomme, muss er sich Hilfe holen. Gerade beim Liquiditätskredit sei das ein Problem, denn das hängt vom Zinsniveau ab. Das weiß der BM, denn es war schon in der Auflage der KAB von 2019, aufzuzeigen, wie der Liquiditätskredit unter der genehmigungspflichtigen Grenze reduziert werden kann. Dies gelingt hier nicht, sondern, er ufer immer weiter aus und damit machen wir uns handlungsunfähig. Hier möchte man das zweite Mal in Folge einen nichtgesetzeskonformen HH beschließen lassen, der gegen alle HH-Gesetze verstößt. Insofern kann seine Fraktion diesem HH in keiner Form zustimmen.

Herr Sprunk sagt zum Kassenkredit, die Fahnenstange ist noch nicht erreicht, denn es fehle ein wichtiger Punkt. Er habe im Juli 2023 in einer SR-Sitzung den BM gefragt, wie steht es um die Brandschutzbedarfsanalyse? Wann bekommt der SR diese?

Herr Brohm antwortet, die Brandschutzbedarfsanalyse wurde 2023 dem Landkreis angezeigt. Der Landkreis habe jetzt Nacharbeiten beauftragt. Danach gehe diese Analyse wieder zurück an den Landkreis. Wenn die Brandschutzbedarfsanalyse wieder zurückkommt, gehe sie in die FFW und dann zur Beschlussfassung in den SR.

Herr Sprunk merkt an, mit der A14 habe sich der Bedarf erhöht. Leider habe er im HKK und in der HH-Planung feststellen müssen, dass die Brandschutzbedarfsanalyse noch gar nicht im vollen Umfang berücksichtigt wurde. D.h., die Zahlen, die dort stehen, sind nicht die Zahlen, die wir zum Beschließen bräuchten. Aus diesem Grund wird er dem HKK und dem HH nicht zustimmen. Er habe auch festgestellt, dass die Ortschaften in der Mehrheit diesem HKK und diesem HH widersprochen haben und wenn man in die entsprechenden Niederschriften schaut, stellt man fest, die Ortschaften haben dagegen gestimmt, weil diese sich in diesem HH nicht wiederfinden.

Herr Strube findet, wir sind in einer sehr prekären Situation. Normalerweise müsste man diesem HH seine Zustimmung versagen. Er ist aber für sich zum Entschluss gekommen, dass man dem zustimmen müsste. Selbst wenn dort Dinge, die ihm schon jahrelang als Ziel vorschweben, wie die beitragsfreie Kita, fehlen.

Frau Kraemer sagt zum HKK und zum HH, der HH kann in den Einnahmen und Ausgaben nicht ausgeglichen werden. Die Konsequenz daraus sei das HKK, was uns vorliegt. Es gelingt uns nicht das Konsolidierungsziel zu erreichen. Es sei lediglich ein Konsolidierungswille abzulesen. Die EGem kann keine gesetzeskonforme HH-Satzung durch Konsolidierungsmaßnahmen herstellen. Freiwillige Leistungen sind auf ein minimales Maß abgesenkt. Eine weitere Absenkung sei nicht mehr tragbar. Trotz Bemühungen, kann im HH-Jahr 2024 kein Abbau der Liquiditätskredite nachgewiesen werden, sondern werden sich mit und ohne HH weiter erhöhen. Die Pflichtaufgaben der EGem sind schon jetzt nicht auskömmlich finanziert, was weitere Einnahmen kaum ermöglichen. Selbst ein Verzicht auf alle freiwilligen Aufgaben würde nicht dazu führen, unsere Kommunal Finanzen auf eine gesetzesstreue Basis zu stellen. Das sei die schonungslose Analyse, die selbst die Verwaltung im HKK und im HH darstellt. Die Maßnahmen, die getroffen werden, seien minimal. Das Problem bei unserem HH ist, die Finanzen sind nicht auskömmlich. Das Land stelle uns nicht genügend Geld zur Verfügung, um unsere Aufgaben gesetzesgetreu auszuführen. Trotzdem stehen im HH 2024 Mehrausgaben für die FFW von 217.000 €, für Begrünung und Baumpflege, die vorher nicht drin standen, mit 25.000 € drin und Bewirtschaftung der Gemeindestraßen mit 469.000 €. Das

könnten wir mit einem HH durchführen. Stillstand sei in ihren Augen keine Option. Stillstand würde bedeuten, wenn wir keinen HH haben. Auch mit dem HH werde man sicherlich nicht alles umsetzen können aber ohne HH habe man gar nichts gekonnt. Als SR ist unser Auftrag, gemeinsam mit der Verwaltung, einen HH vorzulegen, um Stillstand für die EGem zu bewahren, auch wenn dieser nicht ausgeglichen ist. Der Investitionsstau ist jetzt schon groß genug. Das sieht man in allen Bereichen. Bei der Jahrestagung der FFW wurde gesagt, dass auch an den Gebäuden der FFW etwas gemacht werden müsste. Im HH steht für 2024/2025 weiterhin der Umbau/Ausbau/Renovierung des Kindergartens, in Höhe von 100.000 €, drin. Es ist die Wasserwehr, die FFW sowie die Ausstattung für die Kita „Friederich Fröbel mit im HH enthalten. Es falle auch ihr schwer, dem HH zuzustimmen. Sie werde aber diesem HH zustimmen, damit das Wenige was drin steht, umgesetzt werden kann. Sie habe jahrelang dafür gekämpft, dass es endlich im Kulturhaus vorangeht. Ohne HH werde auch im Kulturhaus nichts passieren, auch die Räume für die Jugendarbeit können nicht hergerichtet werden. In Grieben könnte der Jugendclub gemacht werden. Durch Freiwillige und durch Spenden ist der Jugendclub (Container) in Lüderitz entstanden. Jedes SR-Mitglied muss für sich entscheiden, ob er diesem HH zustimme oder nicht. Wenn es so bleibt wird sich die finanzielle Lage unserer EGem in den nächsten Jahren mit und ohne HH nicht ändern. Da hilft auch keine Hilfe von außen, denn unsere EGem benötige mehr Geld.

Frau Platte sagt, der Grund sei die miserable Finanzausstattung, die das Land uns angeidehen lässt. Die EGem Tangerhütte sei von vornherein sehr schlecht ausgerüstet und ausgestattet. Jetzt habe sich das durch die unmögliche Situation verändert, weil man einfach die Tarifänderung mit 10,5 % angepasst hat und dass, bei den Situationen in den einzelnen Kommunen und im Land. Das ist eigentlich unerträglich, was sich die Bundesinnenministerin hier geleistet habe. Wegen der Tariftreue muss das Geld ausgezahlt werden. Das sei sicherlich für die einzelnen Leute positiv aber was machen die anderen alle, die das nicht haben. Der letzte Schluss sei der, dass wir das alles ausbaden müssen, als diejenigen Ortschaften und Ortsteile, die in dieser EGem sind. Grieben könne diesem HH eigentlich nicht zustimmen, weil sie sich im HH nicht wieder finden. Das kenne sie auch von den anderen Dörfern. Wieder finden heißt z.B., dass im HH steht, die Straße XY wird in diesem oder im nächsten Jahr gemacht. Sie findet es schlimm, dass man über solche Dinge reden müsse, aber sie sieht es letztendlich genauso wie Frau Kraemer.

Frau Braun übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Nagler, damit sie auch sprechen darf. Sie sagt, „wir haben eine Verantwortung für den HH. Man kann es drehen und wenden wie man will. Mit Herz, lieber Herr Bodo Strube, ist hier gar nichts zu machen. Hier müssen wir schon mit Verstand rangehen, denn so wie die Situation aussieht, sind wir bis über alle Ohren verschuldet und nicht handlungsfähig. Im Prinzip müssten wir zwangsverwaltet werden. Ich finde es alles wunderbar, wie hier argumentiert wird und stelle in den Unterlagen fest, dass nach der letzten Fraktionsvorsitzendenrunde, dass kein rechtmäßiges Gremium ist, wieder Zugeständnisse gemacht wurden. Auf Deutsch gesagt, auch Stimmen erkaufte wurden. Ich sag das so deutlich. Ich bin ja total erschrocken, dass ich das heute hier erst lesen musste, dass eine entsprechende Personalstelle, mit Vorbehalt, für die Jugendarbeit geschaffen werden soll. Ich frage mich Herr Brohm, von welchem Geld wollen Sie das bezahlen? Das sind doch Zugeständnisse, um heute einen HH durchzubekommen. Dasselbe ist, es tut mir leid, Rita, so gerne wie ich bei dir bin, was die Jugendarbeit und der Anspruch Grieben betrifft. Wir haben im vorigen Jahr oder vor 2 Jahren einen SR-Beschluss gefasst. Grieben, Lüderitz und Tangerhütte sollen Standorte bekommen. Nichts ist beschlossen. Jetzt lese ich, 20.000 € hat man dir nun angeboten. Das ist ein Stimmenkauf. Das sage ich so klar und das ist total verantwortungslos, wenn man die EGem als Ganzes sehen will. Mir wurden jetzt 100.000 € für Lüderitz angeboten, nachdem im letzten Jahr am 14.12.2023 die Kita beschlossen wurde und 7 Tage später hieß es, wir bekommen keinen Kredit, weil wir keinen HH haben. Der HH wurde erst Mitte des Jahres beschlossen. Es wurde ein Projekt, was über 100.000 € gekostet hat und bis heute noch nicht bezahlt ist. Mit allen Trägern (Jugendhilfe, Bauordnungsamt, Stadt, Einrichtungen, Kindergärten, Eltern) durchgesprochen, geplant, 13mal verändert und es ist bis heute nicht bezahlt. Diese 100.000 € lehnt die Ortschaft Lüderitz und ich als Vorsitzende der WG Lüderitz vehement ab. Ich lass mich nicht mit 100.000 € hier abspeisen, wenn uns zugesagt wurde, dass wir und das ist zwingend notwendig, weil unser der Älteste ist und eigentlich gar keine Bestandskraft mehr haben dürfte, wenn wir den nicht bekommen. Eine Containerlösung oder wie auch immer. Herr Brohm konnte vor 14 Tagen im Ortschaftsrat Lüderitz nicht den Ortschaftsräten erklären, was er mit den 100.000 € machen will. Ich habe jetzt nochmal gelesen, Renovierungsarbeiten im alten Haus. Ich kann es nicht verstehen. So kann man nicht wirtschaften. So kann man nicht die Verantwortung für alle Ortschaften haben und schon gar nicht für zentrale Orte wie Lüderitz und Grieben und Tangerhütte,

weil wir diejenigen sind, die auch die anderen Probleme, die weichen und die harten Faktoren, auffangen müssen. Wir haben einen Rechtsanspruch auf vernünftige Verwaltung und auf vernünftige Ausstattung. Und in den letzten Jahren, Herr Brohm, sie sind 9 Jahre im Amt, ist in Lüderitz so gut wie nichts passiert. Allein ich habe von 1990 bis 1994 13,5 Mio. Investitionen in D-Mark getätigt. Davon waren über die Hälfte, 7 Mio., Fördermittel. Ich kann nicht verstehen, dass wir bei so viel qualifiziertem Personal und technische Weiterentwicklung, alles kann man googeln und abfragen, sie machen ja auch große Pressemitteilungen über das digitale Rathaus, nicht ans Geld kommen, was wir dringend brauchen und, um unsere Maßnahmen zu realisieren. Ich bin sehr enttäuscht, dass solche billigen Zugeständnisse hier Niederschlag auf die HH-Debatte 2024 finden. Rita, ich bin sehr enttäuscht, dass du das mitmachst. Wir als Lüderitzer machen das nicht mit. Wir lehnen diese 100.000 € ab. Die finden sich auch nicht wieder. Dann habe ich noch auf der letzten Fw-Jahreshauptversammlung aller Wehren, die in Lüderitz stattgefunden hatte, erfahren, dass die Brandschutzbedarfsanalyse nicht von unseren vielen qualifizierten Mitarbeitern in der Brandschutzabteilung gemacht werden soll, sondern extern weiter beschrieben und erarbeitet werden soll. Wovon wollen wir das bezahlen? Das ist ein Ding, was wirklich gar nicht geht, wenn wir so arbeiten. Wir haben Mitarbeiter. Dieses muss vom eigenen Amt gemacht werden und kann nicht extern wieder vergeben werden, wenn wir überhaupt keine Mittel dafür haben. Wo stehen die Mittel?. Ich sehe die nicht. Also meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wer diesem HH zustimmen kann, der handelt verantwortungslos, für die nächste Legislaturperiode. Man kann ja sagen, ich kandidiere nicht mehr und ihr könnt sehen, wo ihr bleibt. Nein, wir haben auch eine Verantwortung, wenn wir uns nicht mehr der Verantwortung stellen. Wenn alle in Deutschland so handeln, dann geht unsere Demokratie und unser Wirtschaftsraum Deutschland zugrunde.“ Frau Braun übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Frau Schleef erwähnt, wir gehen hier auf Messers Schneide, aber wenn wir uns wirklich extern jemanden holen, der uns den HH beurteilen soll, geht es wirklich los. Dann werden die Schwimmbäder geschlossen und es wird geschaut, welche Kita oder welche Grundschule man noch schließen könnte usw.. Zurückblickend weiß man, wir hatten in den letzten Jahren immer HH-Sperren aber man muss auch sagen, es wurde in der Grundschule Grieben und in der Grundschule Lüderitz viel investiert. In Lüderitz habe man für einige Mio. € ein FFW-Gerätehaus gebaut usw.. Wir haben mit einem HH, der nicht schön war, investiert. Genauso stehen wir jetzt wieder hier. Sie fand sehr gut, was Frau Kraemer gesagt hatte und zwar, wenn wir nichts machen, dann gehen wir zurück. Dann schmeißen wir unser Handtuch in den Ring. Sie weiß auch nicht, was man machen könnte, um diese Kredite zu minimieren. Wenn wir jetzt nicht weiterkommen, können alle SR'e gemeinsam zurücktreten.

Herr Allmrodt äußert, wir haben in den letzten Jahren immer wieder den HH beschlossen, um handlungsfähig zu bleiben. Wenn er sich den Trend ansieht, der sei desaströs. Wir haben sicherlich auch eine gewisse Tilgungsleistung, die wir haben müssen. Wenn wir diese nicht hätten, wären wahrscheinlich morgen die Konten gesperrt, aber den haben wir auch nur, weil wir massiv den Kassenkredit aufbauen und wie gesagt, in der Hochzinsphase. Definitiv werde es für die nächste Generation SR immer schwieriger. Wir sind jetzt eigentlich an einem Punkt, wo wir sagen müssten, wir müssen hier wirklich etwas radikal ändern. Er könnte jetzt zustimmen aber er weiß nicht, was er dann nächstes oder übernächstes Jahr machen soll.

Frau Braun ergänzt, es sind mindestens 50 % aller SR-Beschlüsse, die wir bereits in den vergangenen Jahren gefasst haben, nicht realisiert und diese finden sich zum Teil auch jetzt nicht mehr wieder. Die fallen einfach unter den Tisch und das ist gesetzeswidrig. Der BM hat in seiner Pressemitteilung zum Wahlaufuf geschrieben, der SR beschließt und ich habe das auszuführen. Das ist das Problem, der BM führt nicht aus.

Herr Nagler hat vorgestern in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Artikel über die HH-Politik der Ampel gelesen. Dort stand der Satz drin, „mit Krediten kann sich eine Regierung länger durchmogeln, statt notwendige Reformen anzupacken“. Genau das ist es. Es wird jedes Mal kurz vor Schluss mit einem Änderungsantrag, der die 3 großen Ortschaften befriedigen soll, versucht, den HH durchzubringen. Wie er sieht, wird es auch klappen. Das findet er für das Außenbild katastrophal. Im Änderungsantrag stehen 20.000 € für Grieben, 200.000 € für Lüderitz und ein Vollzeitstelle Jugendarbeit für Tangerhütte. Auf der anderen Seite sieht er jeden Tag, wenn er sein Kind in die Kita bringe, dass dort 3 Räume geschaffen wurden aber kein Geld für die Ausstattung vorhanden sei. Hier geht es um ca. 30.000 € bis 50.000 € extra. Die 3 Räume stehen seit 7 Monaten leer. Man erkaufe sich hier Zeit, wieder nichts zu machen. Wie es auch schon angeklungen sei. Seit Jahren verbiete keiner der Verwaltung die Friedhofsgebührensatzung kostendeckend zu kalkulieren. Weil

es damals keine Einigung gab, heißt es nicht, dass man daran nicht arbeiten muss. Als BM muss man dann schauen wie man die verschiedenen Interessen zusammenbringen könnte. Dort habe man jedes Jahr ein Minus, was nicht sein müsste. Das summiere sich über die letzten 5 bis 6 Jahren in die 100.000 € oder darüber. Zum Thema Jugendclub Grieben sagt er zu Frau Platte, er hoffe, dass sie nochmal in sich geht. Dieser Jugendclub hätte nach unserer Beschlusslage schon vor 4 oder 5 Jahren (2019/2020) realisiert werden müssen. Es werde jetzt wieder nicht passieren, obwohl es im Änderungsantrag steht. Es ist vorläufige HH-Führung. Dies ist eine freiwillige Aufgabe. Er muss sagen, solange er kann, wird er dagegen kämpfen, weil erst die Pflichtaufgabe wie z.B. Kita-Ausstattung erfüllt werden muss. In der Kita müsste nach einem Konzept gearbeitet werden aber das sei dort nicht möglich. Er sagt zu Frau Platte, „du hast es doch seit Jahren immer wieder erlebt und wir hatten viele vernünftige Gespräche“. Alles, was in diesem HH steht, mit Beschlussfassung vielleicht noch nicht, aber wenn der Landkreis wieder dieses Spiel mit der Genehmigung macht, sei Makulatur. Ihm wird jedes Jahr erneut bestätigt, dass hier nichts passiere und ihm schockiere mittlerweile, dass einige Räte den HH wieder durchwinken wollen. Herr Allmrodt hatte es schon gesagt, guckt euch die Zahlen an und das sei das Entscheidende. Im Änderungsantrag steht nicht drin, für welches Jahr die 20.000 € für Grieben sind. In diesem Jahr sind in der Investitionspauschale nur noch ca.9.000 € drin und dann sollen 20.000 € eingestellt werden? Was wird dafür gekürzt? Das steht nicht drin. Es gibt keine Information, was in Lüderitz, in diesem und im nächsten Jahr, mit den 200.000 € passieren soll. Das geht so nicht. Diejenigen, die den HH wieder zustimmen wollen, vergehen sich an die nächste Generation. Wie Frau Schleef vorhin sagte, es ist nicht korrekt, wenn hier ein Externer komme. Wir sind mit unseren freiwilligen Aufgaben unter jeglicher Norm, dass nichts mehr gekürzt werden kann. Da kann auch die Kommunalaufsicht von sich aus nichts machen. Was macht man in einem Unternehmen? Man guckt sich den größten Posten an, die Personalkosten. Da muss man einfach mal ran und könne nicht als BM bei jedem HH sagen, da machen wir schon alles. Wenn es nicht reicht, muss man mehr machen, auch wenn es für die tägliche Arbeit weh tut. Aber bei so einem großen Posten (perspektivisch bei 19 Mio. €) muss eingegriffen werden. Wenn hier gesagt wird, man ist ohne HH nicht mehr handlungsfähig, müsste er sagen, wir sind nicht mehr handlungsfähig.

Herr Jagolski sagt zum Thema Personalkosten, die WG Zukunft hatte im letzten Jahr einen Antrag für bestimmte Stellen gestellt und wollte für diese Stellen eine Eingruppierung nach Tarifrecht, eine Arbeitsplatzbeschreibung und eine -bewertung bekommen. Die WG Zukunft habe von der Verwaltung ein Schreiben mit dem Hinweis bekommen, „eine Herausgabe kann nicht verlangt werden. Die Unterrichtung kann schriftlich oder mündlich durch den Hauptverwaltungsbeamten erfolgen.“ Herr Jagolski sagt, das ist falsch. Jetzt liest er die Begründung zu einer der angefragten Stelle vor. „Mit Beschlussvorlage sowieso wurde die dauerhafte Übertragung von Arbeitsaufgaben durch den Stadtrat der Einheitsgemeinde Tangerhütte beschlossen.“ Die Arbeitsplatzbeschreibung und die -bewertung gehöre zu jeder Stellenbeschreibung dazu und wenn der SR diese gern wissen möchte, ist diese Auskunft zu erteilen. Und nicht mit diesen ausreden, das stehe ihnen nicht zu und dann noch mit dem Verweis, auf Akteneinsicht. Zur Akteneinsicht war Frau Kraemer. D.h., wir müssten diese Sitzung für 10 Minuten unterbrechen und die Nichtöffentlichkeit herstellen, damit Frau Kraemer uns informieren kann.

Frau Braun wirft ein, wenn das gewünscht wird, muss der Antrag jetzt gestellt werden.

Herr Jagolski verneint.

Frau Platte findet es nicht schön, dass sie hier so persönlich angezählt wird. Natürlich steht es euch zu, weil sie es genauso machen könnte. Macht sie aber nicht. Die 3 leeren Räume in der Kita „Friedrich Fröbel“ sei sicherlich eine Pflichtaufgabe und das andere seien bis jetzt noch freiwillige Aufgaben. Sie ist aber schon immer der Meinung, dass die Jugendarbeit sehr wichtig sei. Dies wäre schon lange fertig gewesen. Wie Frau Braun schon sagte, es wurden viele Beschlüsse einfach nicht umgesetzt, was massiv zu kritisieren ist. Sie habe vorhin schon erklärt, warum sie sich dafür bereit erklärt habe. Nicht etwa, weil ich nicht mehr kandidiere und denke, nach mir die Sintflut. Sie weiß wie jeder andere, dass grundsätzlich hier nichts mehr zu retten ist, wenn man dies nicht auf andere finanzielle Füße stelle. Der Grund sind auch die Personalkosten, die man uns zu Lasten der Bürger übergeholfen habe. Ihr sei auch klar, dass der nächste SR beschließen könnte, dies nicht umzusetzen. Dann ist es ebenso. Sie könne dies nicht ändern. Sie findet, mit einer totalen Ablehnung ändert sie nichts, auch nicht Herrn Brohm oder die Verwaltung und auch nicht die Abläufe in der Verwaltung. Zur Kita „Friedrich Fröbel“ sagt sie, die Struktur könnte dort anders sein. Dann würde man dort auch nicht so viel Personal benötigen. Das Elternkuratorium hatte die andere Struktur abgelehnt.

Das ist das gute Recht aber sie sollten sich wirklich mit der anderen Geschichte beschäftigen, denn die ist durchaus zielführend für die Finanzsituation in dieser EGem und für die Kitas.

Herr Radke muss ganz klar als Unternehmer sagen, er wäre pleite, wenn er sich den HH anschaut. Er sei heute in diese Sitzung gegangen, um den HH nicht zu bestätigen. Alle, die bis jetzt gesprochen haben, haben irgendwie Recht und er findet es gut, wie sachlich wir darüber diskutieren. Nichtsdestotrotz bleibt er bei den Aussagen von Frau Platte und von Frau Kraemer hängen. Wir ändern nichts, wenn wir dagegen oder dafür stimmen. Der SR sollte im Sinne der Handlungsfähigkeit denken und sich orientieren. Deshalb wagt er den mutigen Schritt, sich dafür zu entscheiden, den HH zu bestätigen.

Frau Schleef findet, es werden mehr als 50 % an Beschlüssen umgesetzt. Sie fragt Frau Braun, ob sie für ihr dazu Zahlen aus 2019 und folgende Jahre habe oder, ob das eine gefühlte Prognose gewesen sei. Ansonsten bittet sie den BM, um eine Aufstellung der Beschlüsse, bis zur nächsten SR-Sitzung.

Frau Braun verlangt diese Aufstellung schon über 4 Wochen. Sie habe in der Vorbereitung der SR-Sitzung für den 06.12.2023, an der Frau Wittke teilgenommen habe, verlangt, dass sie die Beschlüsse, die 2021 bis 2023 gefasst wurden und noch nicht umgesetzt wurden, haben möchte. Das habe man ihr nicht zugearbeitet. Allein, bei den Beschlüssen, die die WG Lüderitz gestellt habe, sind es keine 50 %. Frau Braun nimmt den Antrag von Frau Schleef auf, dass der SR die Zuarbeit bis zur nächsten Sitzung haben möchte. In der Aufstellung soll stehen, was haben wir 2021 bis 2023 beschlossen und was wurde umgesetzt!

Herr Brohm informiert, dass man diese Beschlüsse schon aufgearbeitet habe und nur noch schauen muss, was umgesetzt wurde. Dies werde er in der Freitagsinfo zu Verfügung stellen.

Herr Brohm ist auch über die konstruktive Diskussion sehr positiv überrascht und über die vielen richtigen Argumente. Frau Platte habe es auf den Punkt gebracht, das sei die Quadratur des Kreises. Wie uns hier Externe helfen sollen, wisse er auch nicht. Schlussendlich sei die Frage, Streichung von freiwilligen Aufgaben? Das wären 600.000 €. Die Steuern potenzial auf das Durchschnittsniveau des Landes zu erheben, wären 450.000 €. Zusammen wären das fast 1 Mio. €. Damit würden wir sehr viel Schaden hinterlassen und hätten das Problem immer noch nicht gelöst. Er informiert, dass es ein HH-Kennzahlen-System gibt, wo das Land ein Gefühl davon bekommen will, was in den HH der Gemeinden drin stehe. Damit wir das einhalten und damit es am Ende schlüssig aussieht, haben wir uns vieles verbeten. Was Frau Kraemer vorhin ausgeführt hatte, hätten wir vorher niemals in den HH geschrieben, weil wir wissen, wie wollen wir das finanzieren. Wir haben aber einen Punkt erreicht, wo es nicht mehr geht. Deswegen brauchen wir, wie es in seinen Ausführungen stehe, Maß und Mitte und müssen sagen, wir müssen in den verschiedenen Bereichen, die aufgezeigt sind, investieren. Das Produkt Friedhofswesen hatte 2022 ein Defizit von 15.000 € und 2024 ein Defizit von 20.000 €. Hier ist wie Herr Nagler schon sagte, Potenzial drin. Das allein löst das Problem bei 1,2 Mio. € Defizit nicht. Am Ende ist es so, wenn wir den HH nicht beschließen, könne uns niemand helfen und, wir müssten signalisieren, es geht halt nicht, denn am Ende ist zu wenig Geld im System. Wenn wir nicht zustimmen, entstehen trotzdem die Schulden. Wenn wir uns selbst in die Handlung bringen wollen, hilft nur ein positiver Beschluss.

Herr Strube wollte gleich nach der Rede von Herrn Nagler sprechen. Leider habe es nicht so geklappt. Er findet es grenzwertig, wie Herr Nagler an den SR herangetreten sei. Herr Strube findet es nicht gut, dass Herr Nagler sagt, er bittet nochmal, dass alle in sich gehen. Herr Nagler hat dies zwar nicht ausgesprochen aber das Ziel sollte sein, dass wir alle den HH ablehnen. Diese Herangehensweise sei nicht gut. Er selbst ist bei der Meinung geblieben und werde dem HH zustimmen.

Frau Braun weist Herrn Strube darauf hin, dass dieser nicht zu sagen habe, dass die Äußerung eines SR-Mitgliedes frech war. Man könnte sagen, nicht korrekt.

Herr D. Wegener äußert, als SR trägt man ein sehr großes Maß an Verantwortung. Wir wurden damals vereidigt und mussten gelobigen, Schaden von der Gemeinde abzuwehren. Wenn man hier sieht, wie hoch die Verschuldung ist, könne man nicht sagen, ich habe zwar ein schlechtes Bauchgefühl aber irgendwie um des lieben Friedenswillen stimme ich zu. Man muss sich die Zahlen ansehen, sich damit auseinandersetzen und schauen, in welche Richtung unsere EGem läuft. Da könne man nicht die Augen verschließen und sagen, „das ging jetzt schon ein paar Jahre so gut, Na klar, dass werden immer mehr Schulden. Mein Gott, es muss ja weitergehen.“ Wie lange soll das so weitergehen? Wie sollen hier die nächsten SR-Mitglieder weiter entscheiden? Er selbst könne es nicht mehr ertragen und werde sich nicht mehr als SR-Mitglied aufstellen lassen, nur noch für den Ortschaftsrat Tangerhütte. Im SR habe man keine Möglichkeit, politische Entscheidungen mit zu bestimmen. Man verwalte nur noch die vorhandenen Schulden und dieser Berg wird immer größer.

Vor einigen Jahren haben wir beschlossen, die Schulden abzubauen. In diesen Jahren konnte man nur sehr wenig investieren, weil man gewillt war, die Schulden abzubauen. Dabei sind die Schulden jetzt mehr als verdoppelt. Es reiche hinten und vorne nicht mehr und wir können nicht noch mehr sparen. Weil er sehe, dass einige SR-Mitglieder den HH zustimmen wollen, möchte er noch Anträge stellen. Er fragt Frau Braun, ob er diese Anträge jetzt schon stellen soll oder erst im nächsten TOP bei der BV 1096/2023.

Frau Braun antwortet, im nächsten TOP.

Herr Nastke greift das Gesagte von Herrn Radke auf. Man müsse das sehen wie ein Firma. Wenn eine Firma nicht in der Lage oder fähig ist, positive Ergebnisse zu erzielen, komme von außen niemand und hilft, sondern ein Insolvenzverwalter. Hier müssen ganz gewaltige Reformen her. Ansonsten gehe es hier nicht mehr weiter. Die Schulden und die Zinsen werden sich weiter anhäufen und der Kreis drehe sich immer weiter. Herr Nastke nennt einige Beispiele (Personalkosten, Strompreise, Wasserkosten, Erhöhung der ALS usw.), die man bei HH-Beratungen angesprochen habe aber nichts wurde geändert. Er bittet darum, „in sich zu gehen und zu überlegen, ob die Lösung ist, dem HH zuzustimmen. Nach dem Motto, wir krepeln so weiter oder, ob es nicht wirklich an der Zeit ist, um zu sagen, wir machen jetzt hier einen Strich und machen eine radikale Reform und schneiden an dem HH ein bisschen rum, damit ein Ergebnis rauskommt, mit dem die Nachfolger oder unsere Kinder leben können“.

Herr Pasiciel merkt an, der öffentliche Dienst hat keine wirtschaftliche Logik. Das müsste man von vornherein erstmal anerkennen und dann wisse man auch, worum es geht. Er fragt, wenn der HH tatsächlich abgelehnt wird, wie geht es dann weiter? Hat hier jemand eine Idee?

Frau Braun antwortet, wie bisher, vorläufige HH-Führung.

Frau Kraemer merkt an, ohne HH bleibt das Defizit trotzdem, denn die Personalkosten bleiben. Die Erzieher benötigen wir. Am Defizit wird sich nichts ändern aber wir haben eine Investitionspauschale und die könnte man mit einem HH investieren aber ohne HH nicht. Sie findet, jeder müsse das mit sich ausmachen. Jeder, der hier abstimmt, trage für sich die Verantwortung

Frau Braun korrigiert Frau Kraemer. Es gibt ohne HH Zuweisungen und Investitionspauschalen.

Herr S. Wegener stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste und Abstimmung.*

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: einstimmig Ja

Frau Braun ruft Herrn Nastke auf, der noch auf der Rednerliste stand.

Herr Nastke sagt zu Frau Kramer, es gibt nicht nur die beiden Möglichkeiten, den HH zuzustimmen oder abzulehnen. Es gibt noch die Möglichkeit, diesen Beschluss an den BM und an die Verwaltung zurückzuverweisen, denn die werden dafür bezahlt, um einen vernünftigen HH aufzustellen. Dann könne der BM und die Verwaltung den HH überarbeiten und dementsprechend gewisse Reformen angreifen. Die Personalkosten könnte man auch senken. Vielleicht könne man die Personalkosten nicht bei den Erziehern senken, weil man diese benötige. In diesem Landkreis habe man die höchsten Personalkosten, in Bezug auf die Einwohneranzahl. Unsere EGem habe einen BM, der sich in der Presse lobt, wie toll das digitale Rathaus ist und auf der anderen Seite haben wir Personalkosten, die sich genau konträr dazu entwickeln. Er fragt sich, was ist das digitale Rathaus? Ist das ein tolles Computerprogramm oder eine Software und dann sitzen dort Leute, die das ausdrucken und per Hand bearbeiten? Das kann doch nicht Digitalisierung sein und das digitale Rathaus. Er ist sich sicher, dass der BM das genauso sieht und nicht so meint. Das digitale Rathaus heißt, wir müssen damit die Personalkosten senken. Je mehr Geld man in das digitale Rathaus reinstecke, umso mehr müssten sich die Personalkosten abbauen.

Frau Braun und **Herr Nagler** fragen Herrn Nastke, war das jetzt ein Antrag?

Herr Nastke antwortet mit Ja und stellt den Antrag, die BV 1095/2023 zur Überarbeitung an den BM zurückzuverweisen, mit dem Ziel dem SR ein beschlussfähiges HKK vorzulegen.

Bevor über diesen Antrag abgestimmt werden kann, unterbricht **Frau Braun** für 5 Minuten die Sitzung.

Nach der Unterbrechung informiert **Frau Braun**, dass Herr Brohm Sie in der kurzen Unterbrechung informiert habe, dass man die Änderungsanträge im HKK und im HH stellen müsste. Vorhin habe sie zu Herrn D. Wegener gesagt, dass er seine Anträge im HH, BV 1096/2023, stellen soll. Aus diesem Grund bittet sie Herrn D. Wegener, jetzt seine Anträge zu stellen.

Herr D. Wegener formuliert seine 3 Anträge zum HKK.

1. Antrag bezieht sich auf den Liquiditätskredit, den die Verwaltung gern erhöhen will aber die WG Zukunft möchte die Schulden niedrig halten.

Die WG Zukunft stellt den Antrag, bei Zustimmung des HH, soll der Liquiditätskredit bei 8,6 Mio. € bestehen bleiben und nicht erhöht werden.

2. Antrag zur Investliste 2024: Die WG Zukunft stellt den Antrag, auf Erhöhung des Ansatzes für die Ausstattung der Kita „Friedrich Fröbel“ von bisher 20.000 € auf 60.000 €.

Dort seien noch 3 Gruppenräume auszustatten. Die Kita könne ihr Konzept nicht umsetzen, weil nicht genügend Geld eingestellt wurde, um diese Räume auszustatten. Deshalb sind dort 3 sanierte Gruppenräume, ohne jegliches Inventar.

3. Antrag zu den Verfügungsmittel der Ortschaften (Produkt 28110): Die WG Zukunft stellt den Antrag, auf Erhöhung des Ansatzes auf 10 € pro Einwohner.

Die WG Zukunft wisse, dass in den letzten Jahren die komplette Summe der Verfügungsmittel sowieso nicht ausgezahlt wurde. Man gehe davon aus, dass das in diesem Jahr auch so kommen wird. Destotrotz wollen sie die Erhöhung.

Frau Braun bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Nastke.

Die BV 1095/2023 zur Überarbeitung an den Bürgermeister zurückzuverweisen, mit dem Ziel dem SR ein beschlussfähiges Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 6x Ja, 13x Nein, 1x Enthaltung => abgelehnt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 1. Antrages der WG Zukunft, Liquiditätskredit.

Die WG Zukunft stellt den Antrag, bei Zustimmung des Haushaltes, soll der Liquiditätskredit bei 8,6 Mio. € bestehen bleiben und nicht erhöht werden.

Abstimmungsergebnis: 9x Ja, 8x Nein, 3x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 2. Antrages der WG Zukunft, Investitionsliste.

Die WG Zukunft stellt den Antrag, auf Erhöhung des Ansatzes für die Ausstattung der Kita „Friedrich Fröbel“ von bisher 20.000 € auf 60.000 €.

Abstimmungsergebnis: 14x Ja, 5x Nein, 1x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 3. Antrages der WG Zukunft, Verfügungsmittel der Ortschaften (Produkt 28110).

Die WG Zukunft stellt den Antrag, auf Erhöhung des Ansatzes auf 10 € pro Einwohner, Stichtag 31.12.2022.

Abstimmungsergebnis: 15x Ja, 3x Nein, 2x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun gibt an, vor 3 Jahren hatte die WG Lüderitz schon einen SR-Beschluss hatte, in dem man die Summen für die Ortschaften festgelegt habe. Trotzdem habe der BM gegen diesen Beschluss um 50 % reduziert. Deshalb schlägt sie vor, dass dieser Antrag in die Hauptsatzung, unter den Begriff Budget, aufgenommen wird. Das sei das Budget, was die Ortschaften bekommen, um die ganzen Punkte 1 bis 10 lt. KVG LSA umzusetzen und zu realisieren. Termin ist die nächste SR-Sitzung.

Frau Braun formuliert im Namen der WG Lüderitz folgenden Antrag.

Diesen Punkt, den wir jetzt mehrheitlich im SR beschlossen haben, in die Hauptsatzung aufzunehmen. Termin: nächste SR-Sitzung am 13.03.2024

Herr Brohm liest seinen 1. Änderungsantrag vor.

Für die Bereitstellung einer entsprechenden Räumlichkeit zur Durchführung der Kinder und Jugendarbeit in der Ortschaft Grieben wird eine Maßnahme „Jugendclub Grieben“ in die Investitionsliste aufgenommen, hier 2025. Die Umsetzung wird über eine Förderung (z.B. Leader) angestrebt. Die Einheitsgemeinde stellt dazu 20.000 € als Eigenmittel bereit.

Begründung:

In der Ortschaft Grieben besteht der Wunsch die Kinder- und Jugendarbeit auszubauen. Als drittgrößte Ortschaft sind hier zwingend Anlaufpunkte für die Belange der Kinder- und Jugendlichen zu schaffen. Die derzeit aktive mobile Jugendarbeit ist mit den wenigen Planstunden nicht ausreichend für den vorhandenen Bedarf. Es sind in den kommunalen Gebäuden Räumlichkeiten zu schaffen, die hier ein erweitertes Angebot ermöglichen

Die Herrichtung soll nicht allein durch kommunale Mittel erfolgen, vielmehr ist hier ein entsprechendes Förderprogramm zu generieren um die tatsächlichen Kosten für die Einheitsgemeinde so gering wie möglich zu halten.

Abstimmungsergebnis: 14x Ja, 5x Nein, 1x Enthaltung => zugestimmt

Herr Brohm liest seinen 2. Änderungsantrag vor.

Um die Kinder- und Jugendarbeit in der gesamten Einheitsgemeinde entsprechend, der in 2024 noch zu beschließenden neuen Konzeptionierung, die den Fokus auf einer aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit zusätzlich legen sollte, sicherzustellen, schafft die Einheitsgemeinde eine entsprechende Personalstelle mit Vorbehaltsvermerk.

Begründung:

Derzeit ist unklar in wie fern der mobilen Jugendarbeit auch ab 2025 über den Verein für Straffälligenbetreuung möglich sein wird. Ziel ist es die verlässliche, personengebundene EST-FKB_001 Kinder- und Jugendarbeit in der Einheitsgemeinde fortzuführen. Somit soll die Option offengehalten werden,

auch weiterhin in möglichst vielen Ortschaften Kinder- und Jugendarbeit anbieten zu können. Im Gegenzug würden die Aufwendungen für die mobile Jugendarbeit entfallen.

Abstimmungsergebnis: 3x Ja, 7x Nein, 8x Enthaltung => abgelehnt

Herr Brohm liest seinen 3. Änderungsantrag vor.

Bereitstellung von Kosten zur Herrichtung der Räumlichkeiten Kulturhaus für die Kinder und Jugendarbeit in der Ortschaft Tangerhütte.

Begründung:

Im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport wurde am 15.01.2024 das Begehungsprotokoll für die Nutzung der neuen Räumlichkeiten im Kulturhaus ausgewertet und über den Stand der Auflagen für den aktuellen Standort im Werner-Seelenbinder-Ring informiert.

Für die Herrichtung der Räumlichkeiten im Kulturhaus sind rund 10.000 € zu veranschlagen. 7.800 € stehen, vorbehaltlich eines Beschlusses des Haupt-, Finanz- und Vergabeausschusses im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2022 (Rücklage für unterlassene Instandhaltung) zur Verfügung. Die Mittel wurden durch das Gebäudemanagement angemeldet, da nicht alle Auflagen der Begehung 2022 im aktuellen Standort bisher umgesetzt werden konnten. Die zusätzlich 2.200 € benötigten Mittel sollen über die Erhöhung der Haushaltsvolumens 2024 bereitgestellt werden.

Die Verlegung des Standortes würde zu Synergieeffektes in der Bewirtschaftung führen und einen Beitrag dazu leisten, kommunale Gebäude ins Kulturhaus zusammenzuziehen um hier einen Standort für viele Anspruchsgruppen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis: 18x Ja, 2x Nein, 0x Enthaltung => zugestimmt

Herr Brohm liest seinen 4. Änderungsantrag vor.

In der Investitionsliste wird die Anschaffung eines Aufsatzrasenmähers, der für 2025 mit 7.000 € geplant wurde, mit einem geänderten Planansatz von 16.000 € aufgenommen.

Begründung:

Ziel ist den Mitarbeitern für Ihre umfangreiche Aufgabenerfüllung eine moderne Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Die Bewirtschaftung der kommunalen Grünflächen ist in den Monaten April bis September Hauptaufgabe der angestellten Kollegen/innen. Die vorhandene Technik wird viel beansprucht und muss regelmäßig erneuert werden. Spätestens in 2025 ist hier für Ersatz zu sorgen. Der regelmäßige Ersatz der Kommunaltechnik unterstützt die Quantität der Aufgabenerledigung und ist ein wichtiger Baustein zum Gelingen der dem Bauhof übertragenen Arbeitsaufgaben.

Abstimmungsergebnis: 14x Ja, 2x Nein, 4x Enthaltung => zugestimmt

Herr D. Wegener verlässt den Sitzungssaal.

Frau Braun sagt, weil die Jugendarbeit hier besonders hervorgehoben wurde, habe sie auch noch einen Antrag. Im SR-Beschluss 2022 steht 60.000 € für Lüderitz und 60.000 € für Grieben. Dieser SR-Beschluss wurde nicht umgesetzt. Aus der Not heraus habe der Heimatverein Lüderitz gesammelt, obwohl Lüderitz durch Verkäufe (z. B. Kinderheim) genug Geld eingebracht habe und für 16.000 € einen gebrauchten Container gekauft. Damals hieß es, die Erschließung in Höhe von 6.500 € übernimmt der Heimatverein und das andere übernimmt die EGem.

Der Gerechtigkeit halber stellt **Frau Braun** ihren Antrag.

Die Erschließungsarbeiten für den Container, im Frühjahr 2024, in Höhe von 10.000 €, der bereits seit Ende Dezember 2023 am Sportplatz steht, sollen aus Gerechtigkeitserwägungen von der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte übernommen werden.

Abstimmungsergebnis: 9x Ja, 4x Nein, 6x Enthaltung => zugestimmt

Die Abstimmung erfolgte ohne D. Wegener.

Herr D. Wegener betritt wieder den Sitzungssaal und nimmt weiter an der Sitzung teil.

Frau Fischer äußert, damit sie dem HKK zustimmen kann, hat sie auch einen Änderungsantrag, den sie formuliert.

Die Schließung der Kita Demker soll aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept rausgenommen werden (Maßnahme 79a).

Abstimmungsergebnis: 15x Ja, 0x Nein, 5x Enthaltung => zugestimmt

Herr Kinszorra hat noch einen Hinweis. Mit diesen Anträgen können wir als SR nicht das eingebrachte HKK und wahrscheinlich auch nicht den eingebrachten HH-Plan von der Verwaltung zustimmen. Darüber sollte man sich vor der folgenden Abstimmung Gedanken machen.

Frau Braun hat eine Schlussbemerkung. „Da es anzunehmen ist, dass eine knappe Mehrheit dem heute zustimmen wird, wären die jetzt wirklich gekniffen, die Ortschaften und die Fraktionen, die sich jetzt hier an der großen Verteilung nicht beteiligt hätten. Deshalb habe ich dafür auch vollstes Verständnis. Egal, ob man jetzt dafür oder dagegen stimmt, in der Gesamtheit. Das ist eben Politik.“

Frau Braun bittet um Abstimmung der BV 1095/2023, mit den eben zugestimmten Änderungen.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf Grundlage des § 100 Abs. 3 und 5 Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung, das Haushaltskonsolidierungskonzept der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Jahre 2024 – 2028 gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: 11x Ja, 7x Nein, 2x Enthaltung => beschlossen

TOP 7: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024 - Vorlage: BV 1096/2023

Frau Braun stellt fest, dass es zu diesem TOP keinen Diskussionsbedarf gibt und bittet um Abstimmung der Änderungsanträge, wie in der BV 1095/2023.

Frau Braun bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Nastke.

Herr Nastke stellt den Antrag, die BV 1095/2023 zur Überarbeitung an den Bürgermeister zurückzuverweisen, mit dem Ziel dem Stadtrat ein beschlussfähiges Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen.

Abstimmung: 5x Ja, 13x Nein, 2x Enthaltung => abgelehnt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 1. Antrages der WG Zukunft, Liquiditätskredit.

Die WG Zukunft stellt den Antrag, bei Zustimmung des Haushaltes, soll der Liquiditätskredit bei 8,6 Mio. € bestehen bleiben und nicht erhöht werden.

Abstimmung: 8x Ja, 7x Nein, 5x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 2. Antrages der WG Zukunft, Investitionsliste.

Die WG Zukunft stellt den Antrag, auf Erhöhung des Ansatzes für die Ausstattung der Kita „Friedrich Fröbel“ von bisher 20.000 € auf 60.000 €.

Abstimmung: 14x Ja, 5x Nein, 1x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 3. Antrages der WG Zukunft, Verfügungsmittel der Ortschaften (Produkt 28110).

Die WG Zukunft stellt den Antrag, auf Erhöhung des Ansatzes auf 10 € pro Einwohner, Stichtag 31.12.2022.

Abstimmung: 15x Ja, 3x Nein, 2x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 1. Änderungsantrages von Herrn Brohm.

Herr Brohm stellt den Antrag, für die Bereitstellung einer entsprechenden Räumlichkeit zur Durchführung der Kinder und Jugendarbeit in der Ortschaft Grieben wird eine Maßnahme „Jugendclub Grieben“ in die Investitionsliste aufgenommen, hier 2025. Die Umsetzung wird über eine Förderung (z.B. Leader) angestrebt. Die Einheitsgemeinde stellt dazu 20.000 € als Eigenmittel bereit.

Begründung:

In der Ortschaft Grieben besteht der Wunsch die Kinder- und Jugendarbeit auszubauen. Als drittgrößte Ortschaft sind hier zwingend Anlaufpunkte für die Belange der Kinder- und Jugendlichen zu schaffen. Die derzeit aktive mobile Jugendarbeit ist mit den wenigen Planstunden nicht ausreichend für den vorhandenen Bedarf. Es sind in den kommunalen Gebäuden Räumlichkeiten zu schaffen, die hier ein erweitertes Angebot ermöglichen

Die Herrichtung soll nicht allein durch kommunale Mittel erfolgen, vielmehr ist hier ein entsprechendes Förderprogramm zu generieren um die tatsächlichen Kosten für die Einheitsgemeinde so gering wie möglich zu halten.

Abstimmung: 14x Ja, 4x Nein, 2x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 2. Änderungsantrages von Herrn Brohm.

Herr Brohm stellt den Antrag, um die Kinder- und Jugendarbeit in der gesamten Einheitsgemeinde entsprechend, der in 2024 noch zu beschließenden neuen Konzeptionierung, die den Fokus auf einer aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit zusätzlich legen sollte, sicherzustellen, schafft die Einheitsgemeinde eine entsprechende Personalstelle mit Vorbehaltsvermerk.

Begründung:

Derzeit ist unklar in wie fern der mobilen Jugendarbeit auch ab 2025 über den Verein für Straffälligenbetreuung möglich sein wird. Ziel ist es die verlässliche, personengebundene EST-FKB_001 Kinder- und Jugendarbeit in der Einheitsgemeinde fortzuführen. Somit soll die Option offengehalten werden, auch weiterhin in möglichst vielen Ortschaften Kinder- und Jugendarbeit anbieten zu können. Im Gegenzug würden die Aufwendungen für die mobile Jugendarbeit entfallen.

Abstimmung: 6x Ja, 9x Nein, 5x Enthaltung => abgelehnt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 3. Änderungsantrages von Herrn Brohm.

Herr Brohm stellt den Antrag, die Bereitstellung von Kosten zur Herrichtung der Räumlichkeiten Kulturhaus für die Kinder und Jugendarbeit in der Ortschaft Tangerhütte.

Begründung:

Im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport wurde am 15.01.2024 das Begehungsprotokoll für die Nutzung der neuen Räumlichkeiten im Kulturhaus ausgewertet und über den Stand der Auflagen für den aktuellen Standort im Werner-Seelenbinder-Ring informiert.

Für die Herrichtung der Räumlichkeiten im Kulturhaus sind rund 10.000 € zu veranschlagen. 7.800 € stehen, vorbehaltlich eines Beschlusses des Haupt-, Finanz- und Vergabeausschusses im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2022 (Rücklage für unterlassene Instandhaltung) zur Verfügung. Die Mittel wurden durch das Gebäudemanagement angemeldet, da nicht alle Auflagen der Begehung 2022 im aktuellen Standort bisher umgesetzt werden konnten. Die zusätzlich 2.200 € benötigten Mittel sollen über die Erhöhung der Haushaltsvolumens 2024 bereitgestellt werden.

Die Verlegung des Standortes würde zu Synergieeffektes in der Bewirtschaftung führen und einen Beitrag dazu leisten, kommunale Gebäude ins Kulturhaus zusammenzuziehen um hier einen Standort für viele Anspruchsgruppen zu schaffen.

Abstimmung: 18x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung des 4. Änderungsantrages von Herrn Brohm.

Herr Brohm stellt den Antrag, in der Investitionsliste wird die Anschaffung eines Aufsatzrasenmähers, der für 2025 mit 7.000 € geplant wurde, mit einem geänderten Planansatz von 16.000 € aufgenommen.

Begründung:

Ziel ist den Mitarbeitern für Ihre umfangreiche Aufgabenerfüllung eine moderne Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Die Bewirtschaftung der kommunalen Grünflächen ist in den Monaten April bis September Hauptaufgabe der angestellten Kollegen/innen. Die vorhandene Technik wird viel beansprucht und muss regelmäßig erneuert werden. Spätestens in 2025 ist hier für Ersatz zu sorgen. Der regelmäßige Ersatz der Kommunaltechnik unterstützt die Quantität der Aufgabenerledigung und ist ein wichtiger Baustein zum Gelingen der dem Bauhof übertragenen Arbeitsaufgaben.

Abstimmung: 13x Ja, 5x Nein, 2x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung ihres Antrages.

Die Erschließungsarbeiten für den Container, im Frühjahr 2024, in Höhe von 10.000 €, der bereits seit Ende Dezember 2023 am Sportplatz steht, sollen aus Gerechtigkeitserwägungen von der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte übernommen werden.

Abstimmung: 10x Ja, 1x Nein, 9x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung des Änderungsantrages von Frau Fischer.

Die Schließung der Kita Demker soll aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept und aus dem Haushalt rausgenommen werden (Maßnahme 79a).

Abstimmung: 14x Ja, 1x Nein, 5x Enthaltung => zugestimmt

Frau Braun bittet um Abstimmung der BV 1096/2023, mit den eben zugestimmten Änderungen.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetztes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung die Haushaltssatzung § 100 und den Haushaltsplan § 101 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2024 gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: 11x Ja, 7x Nein, 2x Enthaltung => beschlossen

TOP 8: Antrag Fraktion WG Lüderitz - Abwahl der 1. Stellvertreterin des Bürgermeisters – Widerspruch - Vorlage: BV 1115/2023

Frau Braun informiert, die BV 1115/2023 steht erneut auf der TO, weil Herr Brohm am 15.12.2023 wegen der Abstimmung des SR zu dieser BV Widerspruch eingelegt hat.

Frau Braun wiederholt als Antragsteller das, was sie in der letzten Sitzung am 06.12.2023 zur Abwahl gesagt hatte. „Das Gesagte habe ich als Protokollauszug vorliegen. Herr Brohm hat in seiner

Pressemitteilung zu dieser BV geschrieben, dass das ein rechtswidriger Beschluss und Willkür ist. Herrn Brohm, dass, was sie in ihrer Pressemitteilung veröffentlicht haben, sei schlichtweg falsch. Das ist zu ihren Gunsten, Manipulation und Beeinflussung der öffentlichen Meinung, denn sie haben in der Pressemitteilung Dinge reingeschrieben, die hier gar nicht zur Sprache gekommen sind. Ich werde jetzt aus dem Protokollauszug vom 06.12.2023, TOP 9, vorlesen.

Frau Braun informiert, dass sie den Antrag eingebracht habe. Es geht um Frau Altmann. Frau Braun werde sich an die Gesetzlichkeiten halten und hier keine Details nennen, die sie zu diesem Entschluss geführt haben. Ansonsten würde der Abend heute nicht reichen. Fakt ist eins, sie habe das Vertrauensverhältnis zu Frau Altmann verloren. Aus ihrer Sicht besteht keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr. Das ist einfach nicht mehr möglich. Zweitens hat Frau Altmann die 5 Jahre nicht genutzt, sich zu qualifizieren und einen Verwaltungslehrgang A1 und A2 zu machen, der eigentlich für diese Funktion notwendig ist. Das ist aus ihrer Sicht nicht erfolgt. In der 2. stellvertretenden BM (Bürgermeisterin) habe man eine Kollegin, die einen qualifizierteren Abschluss habe. Diese Kollegin könne aus ihrer Sicht, diese Aufgabe besser erfüllen. Das ist ihre Begründung für diesen Abwahlenantrag.

Ich denke schon, dass Herr Brohm das gestatten muss, denn das darf man sagen. Das ist keine Willkür und nichts persönliches, sondern meine freie Meinungsäußerung, in einer Demokratie. Herr Brohm, erklären sie mir, wo hier die Willkür und die persönlichen Dinge sind! Das sind Fakten! Ansonsten muss der SR ein Disziplinarverfahren eröffnen und die ganzen Fakten auflisten.“

Herr Brohm legt dar, „man habe Ihnen schon in der Begründung (Seite 2 der BV) am 06.12.2023 an die Hand gegeben, dass es keine reine Willkür sein. Die Gründe dürfen nur in der Ausübung der Stellvertreterfunktion bemessen sein. Frau Braun führt hier an, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Frau Altmann und ihr beschädigt ist. Das spielt hier gar keine Rolle. Hier geht es um das Vertrauensverhältnis zwischen dem Bürgermeister und den Stellvertretern. Ich habe noch kein sachliches Argument geführt, das sich auf die Ausübung der Stellvertreterfunktion bezieht. Deswegen komme ich zur Einschätzung, dass dies rechtswidrig ist. Sollte es heute wieder eine Mehrheit geben, werde ich wieder in den Widerspruch gehen und dann wird die Kommunalaufsicht dem SR ihre Sichtweise dazu kund tun.

Frau Braun ist der Meinung, „Herr Brohm hat Zeit genug gehabt, den Widerspruch rechtlich prüfen zu lassen. Der SR bekommt von der Kommunalaufsicht keine Auskunft. Herr Brohm behauptet hier etwas und das ist Willkür. Herr Brohm sagt, das ist rechtswidrig aber bringt dafür keine Fakten und keine Beweise. Wenn Herr Brohm meint, dass ich nicht einschätzen kann, welche Funktion ein stellv. BM hat ... Herr Brohm ist oft außer Haus und dann haben wir es mit der amtierenden BM zu tun, ob als SR oder als OBM. Ich sage nochmal, alles, was Frau Altmann als Stellvertreter für den BM gemacht oder getan hat, ist für mich Vertrauensbruch, um es klar zu sagen.“

Frau Braun möchte das Gesagte von ihr und von Herrn Brohm wörtlich in die Niederschrift aufgenommen haben.

Herr D. Wegener stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste und Abstimmung über die BV.*

Abstimmungsergebnis: 17x Ja, 2x Nein, 1x Enthaltung

Vor der Abstimmung informierte **Frau Braun**, das noch Herr Sprunk, Frau Schleef und Herr Nagler auf der Rednerliste stehen.

Herr Sprunk findet, dass der Antrag sehr sachlich begründet wurde, auch mit dem Punkt, dass die stellv. BM die entsprechenden Qualifikationen nicht habe. Damit verstoße der Hauptverwaltungsbeamte gegen das KVG, den dieser habe die entsprechende Stelle qualifiziert zu besetzen.

Frau Schleef könne aus dem Antrag nicht die entsprechenden Fakten herauslesen, dass die stellv. BM hier Fehler gemacht habe. Sie hätte gern ein paar mehr Fakten.

Frau Braun sagt, in der letzten Sitzung hatten sich die anwesenden SR-Mitglieder geeinigt, wenn dazu eine Aussprache nötig ist, wo die Fakten auf den Tisch kommen, müsste die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden, um die Persönlichkeitsrechte von Frau Altmann nicht zu verletzen. Deshalb mache sie das jetzt auch nicht öffentlich. Sie könne es ihr gern intern sagen.

Frau Schleef war in der letzten Sitzung nicht anwesend. Sie fragt, wenn das schon einmal Thema war, warum müsse man dies jetzt im öffentlichen Teil bereden, anstatt im nichtöffentlichen Teil?

Herr Nagler erklärt, das sei eine Verfahrensfrage. Der SR hatte sich in der letzten Sitzung geeinigt, ohne persönlich zu werden, die Sache so zu besprechen. Der Wunsch des SR war, die Sitzung nicht zu unterbrechen. Diese Sache muss öffentlich behandelt werden. Wenn der SR über die Person im Detail sprechen möchte, muss die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden. Das war nicht gewünscht. Heute habe auch kein SR-Mitglied den Antrag auf Nichtöffentlichkeit gestellt.

Herr Nagler führt aus, dass der BM, aufgrund seiner Funktion, auf jeden Beschluss Widerspruch einlegen kann, auch wenn er nur den Verdacht habe, dass der Beschluss rechtswidrig oder zum Schaden der Kommune sei. Das mache der BM auch, mit großer Freude. Zur Kommunalaufsicht sagt er, diese sei kein Anwalt und kein Richter. Die Kommunalaufsicht gibt uns nur ihre persönliche Meinung. Wer sich zur Qualifikation der Kommunalaufsicht Stendal Meinungen einholen möchte, könnte beim Landesverwaltungsamt anrufen. D.h. was von der Kommunalaufsicht kommt, müsse nicht rechtlich korrekt sein. Das könne sein, müsse aber nicht und was von dort kommt, sei nicht rechtsgültig. Der nächste Schritt müsste sein, dies vor dem Verwaltungsgericht zu klären.

Herr Nagler ruft Herrn Allmrodt und Herrn Strube als Wahlhelfer auf. Er selbst würde die Funktion Wahlleiter übernehmen.

Die **anwesenden SR-Mitglieder** sind damit einverstanden.

Herr Nagler informiert, dass 20 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Er weist darauf hin, dass das eine geheime Wahl ist. Es darf jeweils nur 1 Stimme abgegeben werden. Ansonsten wird die Stimme für ungültig erklärt. Er bittet die beiden Wahlhelfer zu schauen, ob die Urne leer ist und ein Stift vorliegt. Herr Nagler ruft nach und nach die Stadträte auf, zum Abstimmen in die Wahlkabine.

Nach der geheimen Wahl, bittet **Herr Nagler** die Wahlhelfer, die Stimmen auszuzählen.

Frau Braun informiert, dass alle Stimmen gültig sind.

Wahlergebnis: 11 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen

Mit dem Wahlergebnis wurde dem Widerspruch vom BM nicht stattgegeben und die 1. stellvertretende Bürgermeisterin, Frau Altmann, wurde wieder abgewählt.

Frau Braun beendet 22:02 Uhr die Sitzung. Dies Sitzung wird am Montag, den 12.02.2024 fortgeführt. Eine Einladung folgt.

Fertiggestellt am: 23.02.2024